

Kommunales Wahlrecht jetzt!

Zwischenbilanz der Ausländer- und Integrationsbeiräte zum Nationalen Integrationsplan

München: Der Bundesausländerbeirat hat am Wochenende Bundestag und Bundesrat aufgefordert, den Weg zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer frei zu machen.

Auf der Mitgliederversammlung in München betonte der Vorsitzende des Gremiums, Memet Kilic, dass die politische Gleichstellung von Migrantinnen und Migranten ein wesentlicher Faktor für eine gelingende Integration sei. „Nur wer wählen kann, wird auch politisch ernst genommen. Wer nicht wählen kann, bleibt hingegen lediglich Objekt des politischen Handelns. Wir wollen, dass alle Menschen in Deutschland die Chance haben, sich aktiv bei der Gestaltung ihres Lebensumfeldes zu beteiligen!“

Die Berliner Expertenanhörung im September dieses Jahres zeige, dass es keine rechtlichen Hindernisse für die Gewährung des Wahlrechts für Ausländer aus sogenannten Drittstaaten gibt. Kilic: „Die Politik muss jetzt handeln und mit einer Änderung des Grundgesetzes den Weg frei machen.“ Der Bundesausländerbeirat kündigte an, die Frage des Wahlrechts zu einem zentralen Prüfstein für die Bundestagswahl 2009 zu machen.

Auf der Jahrestagung zogen die Vertreterinnen und Vertreter von über 350 kommunalen Ausländer- und Integrationsbeiräten ihre erste Zwischenbilanz zum Nationalen Integrationsplan. Vieles sei auf den Weg gebracht, besonders die Migrantenorganisationen und die Beiräte seien gut aufgestellt.

Einig waren sich die Delegierten jedoch, dass zentrale integrationspolitische Aspekte in der Diskussion nach wie vor ausgeklammert würden. Kilic kritisierte, dass insbesondere ausländerrechtliche Fragen keinen Eingang in die Beratungen und den Nationalen Integrationsplan finden. „Inhumane ausländerrechtliche Restriktionen fördern Integration nicht, vielmehr verhindern sie diesen Prozess.“

Die neuen Regelungen zur Familienzusammenführung, die u.a. Sprachkenntnisse bereits vor der Einreise des Nachziehenden verlangen, seien ein Beispiel dafür. „Sie sind nicht nur diskriminierend, umständlich und widersprüchlich. Vor allem senden sie fatale Signale hinsichtlich der gesellschaftlichen Akzeptanz von Migranten aus,“ so Kilic. Der Bundesausländerbeirat forderte die Bundesregierung auf, die Verschärfungen im Sinne einer besseren Integration wieder zurückzunehmen.

Bundesausländerbeirat

c/o AGARP

Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Rheinland-Pfalz

Frauenlobstr. 15-19

55118 Mainz

fon 06131-638435

fax 06131-679437

miguel.vicente@agarp.de

www.bundesauslaenderbeirat.de